

**1. Wie setzen Sie sich dafür ein, dass in den Kantinen, Mensen und Restaurants der Landeseinrichtungen gentechnikfrei-erzeugte Lebensmittel angeboten werden, wo immer diese erhältlich sind?**

Wir Freie Demokraten wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sich zu ernähren haben. Wir setzen uns für die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher ein, das gilt auch für das Lebensmittelangebot in den Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung des Landes. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen aber die Möglichkeit haben, sich umfassend informieren zu können, damit sie echte Wahlfreiheit haben und eine selbstbestimmte Entscheidung für oder gegen ein gentechnisch verändertes Lebensmittel treffen zu können. Aus diesem Grund setzen wir Freie Demokraten uns für eine verpflichtende Gentechnik-Kennzeichnung ein. Zwar haben Anbieter von Lebensmitteln in Deutschland bereits die Möglichkeit über die „ohne Gentechnik-Kennzeichnung“ besonders darauf hinzuweisen, dass ihre Produkte ohne Anwendung gentechnischer Verfahren hergestellt worden sind. Genau genommen bietet diese negative Prozesskennzeichnung allerdings keine 100-prozentige Gewissheit für Verbraucherinnen und Verbraucher. Wahrheitsabstriche sind beispielsweise zu verzeichnen, weil der Einsatz gewisser Futtermittelzusatzstoffe oder auch Tierarzneimittel und -Impfstoffe aus GVO nicht erfasst werden. Zudem erweckt die „ohne Gentechnik“-Kennzeichnung den falschen Eindruck, dass in anderen tierischen Lebensmitteln, die dieses Label nicht tragen, GVO enthalten sind. Wir Freie Demokraten sind der Ansicht, dass eine umfassende Information der Verbraucherinnen und Verbraucher über die Verwendung von GVO auf dem Weg vom Acker oder Stall bis zum Teller nur durch die Festschreibung einer EU-weiten Prozesskennzeichnung möglich. Kennzeichnungspflichten müssen, gerade vor dem Hintergrund des Importes von Nahrungs- und Futtermitteln aus außereuropäischen Märkten, praktisch umsetzbar sein, rechtliche Klarheit bieten und dadurch echte Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten.

**2. Setzen Sie sich dafür ein, dass in Baden-Württemberg keine Freisetzung von gentechnisch veränderten Organismen durchgeführt werden, auch nicht in Forschungsvorhaben, ausgenommen Forschungsvorhaben in geschlossenen, gesicherten Systemen?**

Wir Freie Demokraten wollen Freisetzungsversuche, die für die praktische Forschung unerlässlich sind, möglich machen, auch, um eine Abwanderung deutscher Forschung ins Ausland einzudämmen. Wir stehen für einen offenen und transparenten Umgang mit den neuen Züchtungstechniken des Genome Editing, welches das Portfolio der biotechnologischen Methoden ergänzt. Angesichts von Klimawandel und globalem Bevölkerungsanstieg wollen wir eine verantwortungsvolle Erforschung dieser Techniken nicht ideologisch verbauen. Wir setzen uns darüber hinaus für eine vollständige Neuordnung des europäischen Gentechnikrechts ein, um nicht nur die Bewertung der inzwischen klassischen Grünen Gentechnik an den heutigen Wissensstand anzupassen, sondern auch genominterne Änderungen mithilfe von CRISPR/Cas9 transparent, rechtlich klar und fortschrittsorientiert so zu regeln, dass das Produkt und nicht die Methode der Erzeugung bewertet wird. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs basiert auf den Regelungen des europäischen Gentechnikrechts, die wiederum auf dem wissenschaftlichen Kenntnisstand der 1990-er Jahre beruhen. Inzwischen hat sich das Wissen über Gene und Genome massiv weiterentwickelt. Dazu zählen auch wissenschaftliche Erkenntnisse, um mögliche Risiken umfassend einschätzen und neue Verfahren bewerten zu können. Wir Freie Demokraten wollen es nicht länger hinnehmen, dass Deutschland und die EU durch die Einschränkungen des aktuell bestehenden Gentechnikrechts dauerhaft von Zukunftstechnologien, von denen große Potenziale für eine nachhaltigere Landwirtschaft und die Verbesserung der weltweiten menschlichen Gesundheit ausgehen können, abgekoppelt werden. Eine schwerwiegende Konsequenz für den Fortschritt der Züchtung ist zudem, dass die Nutzung von genetischem Material auch für die klassische Kreuzungszüchtung stark eingeschränkt wird. Für wertvolle Kreuzungspartner von heimischen Zuchtunternehmen aus Regionen außerhalb der EU kann eine GVO-Freiheit in Bezug auf den Einsatz neuer Methoden nicht sichergestellt werden und so muss möglicherweise auf die

Verwendung genetischer Ressourcen aus diesen Regionen verzichtet werden. Diese zusätzlichen Unsicherheiten haben zur Folge, dass exzellent ausgebildete, insbesondere junge Wissenschaftler durch die Beibehaltung aktueller Regelungen aus Deutschland und der Europäischen Union abwandern und der Anschluss im Bereich der Biotechnologieforschung verloren geht.

### **3. Setzen Sie sich dafür ein, dass in Landeseinrichtungen, in denen Tiere gehalten werden, weiterhin ausschließlich gentechnikfreie Futtermittel eingesetzt werden?**

Wir Freie Demokraten setzen uns auch beim Thema Futtermittel grundsätzlich für Wahlfreiheit ein: Die Hersteller bieten ein breites Angebot an Futtermitteln an – mit und ohne gentechnisch veränderten Bestandteilen. Zur Erzeugung qualitativ hochwertiger Lebensmittel benötigt die Landwirtschaft auch hochwertige Futtermittel. Es gibt ein wachsendes Marktsegment, in dem der Verzicht auf Gentechnik eine Rolle spielt. Hierfür bieten die Hersteller Lösungen an, die im Rahmen des technisch, wirtschaftlich und logistisch Machbaren liegen.

Nach dem heutigen Stand der Forschung wirken sich gentechnisch veränderte Futtermittel nicht nachteilig auf Milch, Fleisch oder Eier der Tiere aus. Die gentechnisch veränderten Nahrungsbestandteile werden, genau wie nicht gentechnisch veränderte, bereits im Verdauungstrakt in kleine Bruchstücke zerlegt. Es wird in der Wissenschaft daher als äußerst unwahrscheinlich eingeschätzt, dass die gentechnisch veränderten Futterbestandteile wie DNA oder Proteine dazu führen, dass Resistenzen übertragen oder Allergien ausgelöst werden können.

Wir Freie Demokraten setzen uns wie bereits erwähnt für eine konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter ein, bei deren Produkten an irgendeiner Herstellungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt sind. Das gilt auch für die Fütterung der Tiere, die in Landeseinrichtungen gehalten werden. Nur so sind vollständige Transparenz und Aufklärung möglich. Kennzeichnungspflichten müssen, gerade vor dem Hintergrund des Importes von Nahrungs- und Futtermitteln aus außereuropäischen Märkten, praktisch umsetzbar sein, rechtliche Klarheit bieten sowie dadurch echte Transparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher gewährleisten.

### **4. Setzen Sie sich dafür ein, dass sich Baden-Württemberg im Bundesrat gegen die Zulassung genveränderter Sorten zum Anbau einsetzt, falls entsprechende Anträge gestellt werden?**

Wir Freie Demokraten beobachten mit Sorge, dass die Vorteile von Pflanzen, die durch Genome Editing induzierte Mutationen aufweisen, zum Beispiel bereits in den amerikanischen Ländern auf dem Markt sind, in Deutschland aber durch die aktuelle Gesetzgebung nicht genutzt werden können. Deshalb werden wir uns im Bundesrat auch nicht gegen die Zulassung genveränderter Sorten zum Anbau einsetzen, falls entsprechende Anträge gestellt werden.

Abschließen möchten wir sagen: Der Gentechnik zur Lebensmittelerzeugung, sogenannter „Grüner Gentechnik“, begegnen viele mit Skepsis. Im Gesundheitswesen ist das anders. Hier wird die sogenannte „Rote Gentechnik“, etwa zur Herstellung von Impfstoffen meist befürwortet. Nicht zuletzt BioNTech hat gezeigt, welches Potential nicht nur in der Biotechnologie, sondern auch in einer freien Wissenschaft und Forschung steckt. Natürlich sind neue Technologien eine Herausforderung, die Ängste und Hoffnungen schnüren können. Umso wichtiger ist es daher zu einer guten Abwägung zu kommen. Wenn fortschrittsfeindliche und zukunftskeptische Position Mehrheiten finden, dann führen sie ganz schnell zu wissenschaftlichem und wirtschaftlichem Stillstand. Der Klimawandel, der demographische Wandel, der globale Artenschwund, das sind nur einige der Herausforderungen, denen wir nicht nur als Land, sondern als Menschheit gegenüberstehen. Ob die Biotechnologie zur Lösung dieser Probleme beitragen kann, das wissen wir heute nicht. Genau aus diesem Grund ist daher aber ein vorauseilendes Verbot genauso fahrlässig wie blinde Fortschrittlichkeit.